

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FuG/007(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Familie und Gleichstellung	Dienstag, 18.02.2020	Altes Rathaus, Alemannzimmer	17:00Uhr	19:40Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2020
- 4 Öffentliche Sprechstunde
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Einrichtung der Otto-City-Card ab 2021 DS0622/19
 - 5.2 Infrastrukturplanung Tagesbetreuung für Kinder bis unter 7 Jahren -
ab 2020 DS0550/19
- 6 Informationen

- 6.1 Überarbeitung des "Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen" I0353/19

- 7 Vorstellung des Programmes "Örtliches Teilhabemanagement" in der LH MD

- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Nadja Lösch

Mitglieder des Gremiums

Julia Brandt

Oliver Kirchner

Julia Mayer-Buch

Manuel Rupsch

Evelin Schulz

Carola Schumann

Sachkundige Einwohner/innen

Nicole Anger

Franziska Briese

Geschäftsführung

Heike Ponitka

Daniela Diestelberg

Natalie Schoof

Abwesend - unentschuldigt

Peter Uhlmann

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, **Stadträtin Lösch**, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Bestätigung der Tagesordnung: **5-0-0**

3. Genehmigung der Niederschrift vom 21.01.2020

Bestätigung der Tagesordnung: **5-0-0**

4. Öffentliche Sprechstunde

Es ist niemand zur öffentlichen Sprechstunde erschienen.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Einrichtung der Otto-City-Card ab 2021
Vorlage: DS0622/19

Frau Boeck und **Frau Hoffmann**, Dez. V, bringen die Drucksache ein.

Frau Boeck berichtet, dass mit der neuen Otto-City-Card familiengerechte Angebote geschaffen werden sollen. Die Personengruppe zur Nutzung der Karte wurde erweitert, auf Personen welche Wohngeld bzw. Kinderzuschlag erhalten. Nach der Freigabe durch den Stadtrat werden verschiedene Informationsveranstaltungen zur Nutzung der Karte durchgeführt. Die Ausgabe der Karte soll dann z.B. im Sozialamt oder im FiB erfolgen.

Auf der Karte wird zukünftig kein Name mehr stehen, sondern nur eine Nummer und der QR-Code mit dem die Karte eingelesen werden kann.

Das System für die Nutzung der Karte stellt die Firma Syrkon bereit, auch die Smartphone für die Anbieter der Angebote um die Karte auslesen zu können.

Frau Hoffmann erklärt weiterhin, dass auf der Karte 2 Pakete hinterlegt sind. Zum einen der „MD-Pass“ und die Bildungskarte (BuT). Darüber hinaus wird es noch eine Couponlösung geben, für Anbieter, die spezielle Angebote für Familien anbieten wollen z.B. Eintrittsermäßigungen.

Die Firma Syrkon kann keine Namen auslesen, diese bleiben beim Sozialamt. Nur beim Einscannen der Karte bei den Anbietern der Angebote wird der Name angezeigt, um einen Identitätsabgleich durchführen zu können.

Neben den kommunalen Angeboten (Zoo, Museum usw.) sollen auch vermehrt kommerzielle Angebote mit der Karte genutzt werden können z.B. Indoorspielplätze oder ähnliches. Dazu wird Kontakt zu den Anbietern aufgenommen.

Stadträtin Brandt fragt nach, ob es auch möglich, das kostenfrei Schülerticket für die MVB über die Karte abzurechnen und ob sie dazu mit der MVB im Gespräch sind?
Und ob es eine automatische Information über (neue) Leistungen für Betroffene geben wird?

Frau Boeck, bestätigt, dass sie generell mit der MVB im Gespräch sind und sie dies mit der MVB und Syrkon besprechen werden.
Den Hinweis für die automatische Information nehmen sie mit auf und lassen es prüfen.

Frau Briese, sachk. Einwohnerin, weist nachdrücklich auf den Datenschutz hin und das dieser einzuhalten ist.

Frau Anger, sachk. Einwohnerin, regt an, dass das FiB eine verstärkte Leistungserbringung anstrengen sollte. Mit anonymisierten Daten der Nutzer*innenkarte könnte ein Leistungskatalog speziell für diese eine Person erstellt und abgerufen werden.

Die Anwesenden diskutieren ausführlich zu der Drucksache.

Abstimmung:

DS: **3-0-4**

5.2. Infrastrukturplanung Tagesbetreuung für Kinder bis unter 7
Jahren - ab 2020 DS0550/19

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, bringt die Drucksache ein.

Mit der Infrastrukturplanung soll der Rechtsanspruch der unter 7-jährigen in Magdeburg abgesichert werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Planungen, ist dieser Plan nicht für einen bestimmten Zeitraum festgesetzt, um schneller reagieren zu können und flexibler zu bleiben. Geplant ist, dass bis 2025 alle Kitas in Magdeburg saniert wurden.

Der Planung zu Grunde liegen die Planungskriterien der Anfang 2000er, dazu gehören u.a. Bevölkerungsentwicklung, Stadtentwicklung und Fachstandards.

Für Magdeburg ist auffällig, dass es innerhalb von Magdeburg eine hohe Umzugsrate gibt. Die Inanspruchnahme der Betreuungsplätze ist bei den unter 2+3-jährigen um 15% gestiegen. Generell sind die Kita's immer mit 3% an Reserveplätzen geplant z.B. für Geschwisterregelung und für den Altersübergang von Krippe zu Kindergarten.

Seit 2016 sind ca. 1200 neue Plätze geschaffen wurden. Auch die Anzahl der Umlandkinder die in Magdeburg betreut werden sind seit 2015 gestiegen auf ca. 400 Plätze.

4 Träger haben einen Antrag eingereicht für eine neue Kita, davon wurden 2 vom Jugendamt empfohlen.

Von den Ausweichquartieren die die Stadt neu gebaut hatte, werden 2 in den Regelbetrieb übernommen, um mehr Plätze zu schaffen. 2024 werden dann noch 4 weitere Einrichtungen in den Regelbetrieb übernommen.

Bis 2025 soll dann die grundständige Sanierung aller Kitas abgeschlossen sein.

Stadträtin Schumann kritisiert die schwere Lesbarkeit der Drucksache. Wenn nicht mal, die Kinderbeauftragte, welche Hauptamtlich in diesem Bereich arbeitet, es schafft die Drucksache ausführlich zu lesen, wie sollen dies dann die Stadträte und Stadträtinnen schaffen, mit einem Ehrenamt? Dies ist sehr befremdlich.

Stadträtin Brandt stimmt diesen zu und fragt nach, wie denn der genaue Rechenweg für die Bedarfe ist? So ist es nicht nachvollziehbar.

Auch sollte man überlegen, ob die Grundlagen noch zeitgemäß sind; so sind z.B. lebenswerte Quartiere sowie auch Räume für Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen bisher nicht vorgesehen.

Warum werden beim Bau von neuen Wohngebieten wie z.B. in Rothensee mit 300 neuen Wohneinheiten keine Kita in dem Bereich geplant?

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, erklärt, dass die wenigsten Bewohner und Bewohnerinnen neu nach Magdeburg gekommen sind, sondern diese nur innerhalb von Magdeburg umgezogen sind und daher bereits einen Betreuungsplatz haben. Auch lassen ca. 15-20% der Eltern ihre Kinder nicht im Wohnumfeld betreuen, sondern z.B. im Arbeitsumfeld.

Wenn man für Eltern eine generelle freie Platzwahl einräumen möchte, muss man mit ca. 15% mehr Planungsreserve rechnen. Das wären ungefähr 15 Mio. EUR mehr als bisher.

Frau Anger, sachk. Einwohnerin, fragt u.a. nach, ob es eine komprimierte Übersicht mit Zahlen, Daten, Fakten gibt und ob diese die Ausschussmitglieder erhalten können?

Auch findet sie die Bewertungsmatrix, in der die 4 Träger verglichen wurden, nicht als ausreichend, es führt zu einer Ungleichbehandlung der Träger.

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, erklärt, dass es eine komprimierte Liste nicht gibt und dass die Bewertungsmatrix in den letzten Jahren ein bewährtes Verfahren war.

Die Anwesenden diskutieren weiterhin sehr ausführlich zur Infrastrukturplanung.

Stadträtin Brandt schlägt vor, dass sich der Ausschuss mit der Thematik befassen soll, wie die Stadt Magdeburg Fachkräfte in der Stadt halten bzw. herholen kann. Es sollte hierzu ein Konzept erstellt werden in Zusammenarbeit mit den freien Trägern.

Sie fragt nochmals nach einem nachvollziehbaren Rechenweg für die Bedarfe.

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, sagt diesen für die nächste Sitzung zu.

Abstimmung:

Die Drucksache wird **zurückgestellt: 6-0-0**

- 6.1. Überarbeitung des "Magdeburger Aktions- bzw. Maßnahmeplanes zur Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen" I0353/19
-

Herr Gottschalk, Stabsstelle V/02, bringt die Information ein.

Da dieser und auch der nächste TO-Punkt Thematisch zusammengehören, wird **Herr Gottschalk** beide TO-Punkte gemeinsam beantworten.

Er berichtet, dass es in der Stadtverwaltung 4 Stellen für die Beratung/ Inklusion und Teilhabe gibt. 2 Stellen sind in der Stabsstelle angesiedelt, 1 Stelle im Jugendamt und 1 Stelle im Sozialamt, um so die verschiedenen Bereiche und Bedarfe abzudecken.

Aufgaben sind u.a. Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Defizite festzustellen und Maßnahmen dagegen zu entwickeln und den Maßnahmeplan zu überarbeiten und fortzuschreiben.

Die Auftaktveranstaltung dazu fand im September 2019 statt und im April und Juni findet jeweils ein Inklusionsforum statt. Die genaue Zeitplanung ist in der Anlage 2 aufgeführt.

Mit den Ergebnissen soll dann im November die Drucksache zur Fortschreibung des Maßnahmekataloges erfolgen.

Die Information wird **zur Kenntnis genommen**.

7. Vorstellung des Programmes "Örtliches Teilhabemanagement" in der LH MD
-

Siehe TO-Punkt 6.1

8. Verschiedenes
-

Frau Ponitka, Gleichstellungsbeauftragte, weist auf verschiedene Veranstaltungen zum Frauentag hin.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Nadja Lösch
Vorsitzende/r

Natalie Schoof
Schriftführer/in